

# Familien sind kein Sozialfall

»Sag' mir, wo die Kinder sind! – 10 Jahre § 218«, so lautete das Motto des 2. Fuldaer Lebensrechtskongresses der Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA), der Mitte Mai in Fulda stattfand und unter der Schirmherrschaft des Bischofs von Fulda Heinz Josef Algermissen stand.

Von Cornelia Kaminski

**D**er Staat kann und darf die Erziehungsarbeit der Eltern nicht übernehmen wollen. Er muss sie vielmehr stärken und unterstützen, damit sie ihrer Verantwortung gerecht

eingehen«, stellte Margarethe Ziegler-Raschdorf fest, die sich im Rahmen ihrer politischen Arbeit insbesondere mit der Adoptionsproblematik auseinandersetzt.

»Es kann doch nicht sein, dass wir einerseits dreizehn adoptionswillige Paare für ein zur Adoption stehendes Kind haben, und andererseits jedes Jahr 134.000 Kinder das Recht auf Leben abgesprochen bekommen!« Hans Jürgen Pokall betonte zwar die Bedeutung, die den Schulen bei der Vermittlung von Werten – wozu auch die Achtung vor dem ungeborenen Leben zählt – zukomme, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass Eltern ihren Aufgaben gerecht werden müssten, damit Schule überhaupt ansetzen könne. Dinge, die selbst-

verständlich sein müssten – wie z.B. das morgendliche Frühstück oder Schulbrot – funktionierten nicht mehr, den Kindern

**»Familien sind die Basis unserer Gesellschaft.«**

fehle Geborgenheit und Fürsorge: »Sie glauben nicht, wie viele Berliner Kinder froh sind, wenn sie nach der Schule nicht nach Hause gehen müssen.«

Kinderfeindlichkeit zeige sich aber auch an anderer Stelle, betonte Michael Kornau: »Da kommt das Bauamt und

nimmt die korrekte bauliche Ausführung des vorgeschriebenen Kindergartens ab, und sobald die Herren weg sind, wird dieser in Stellplätze für PKW umgewandelt.« Jeder habe die Möglichkeit, in seinem eigenen Wirkungskreis verbesserte Bedingungen für Kinder zu schaffen, sagte der Betriebswirt, der in seinem Büro eine Legokiste für die Kinder der Kunden bereithält. Wie katastrophal sich der Rückzug der Eltern aus der Erziehungsarbeit auswirkt, betonte die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Christa Meves, die jedoch in der gegenwärtigen Debatte auch viele positive Anzeichen sah. Zwar hält sie auch den von der CDU eingeschlagenen Weg, die Betreuung von Kindern durch Fremdinstitutionen statt durch die eigene Mutter zu fördern, für falsch. Aber sie betonte auch: »Familien schließen sich mittlerweile zusammen, sie lassen sich nicht mehr alles gefallen.« In Internetforen wie z.B. [www.familien-sind-wir.de](http://www.familien-sind-wir.de) forderten Familien die Rechte ein, die

**»Durch Spätabtreibungen werden Menschen gezielt selektiert.«**

sich aus der Leistung ergäben, die sie für die Gesellschaft erbrächten. »Familien sind kein Sozialfall, der Almosen vom Staat bekommt, sondern die Basis unserer Gesellschaft. Sie haben daher Anspruch auf eine angemessene Förderung«, betonte Staatsminister Klaus Zeh in seinem Vortrag am Samstagmorgen. Dabei stellte er heraus, dass den Familien Wahlfreiheit bei der Gestaltung der Kindererziehung zugestanden werden müsse. Genau in diese Richtung ziele die Thüringer Familienoffensive, mit der das Land Thüringen junge Familien unterstützen wolle. Der Maßnahmenkatalog sehe eine Zahlung des Erziehungsgeldes vor, die sechs Monate über den vom Bund gesetzten Rahmen hinausreiche, sowie ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab einem Alter von zwei Jahren. Zudem habe das Land Thüringen darauf verzichtet, das Erziehungsgeld einkommens- und arbeitszeitabhängig zu zahlen, da diese Form der Auszahlung dazu geführt hätte, dass nur noch etwa die Hälfte aller Eltern überhaupt Anspruch auf Erziehungsgeld hätten geltend machen können. Um zu verhindern, dass Subventionen für Kindergärten von den Kommunen zur Querfinanzierung anderer Projekte genutzt werden, hat das Land darüber hinaus von



Die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Christa Meves.

werden können.« Dies forderte der thüringische Minister für Familie, Soziales und Gesundheit Klaus Zeh beim 2. Fuldaer Lebensrechtskongress, der vom 19.-21. Mai im Bonifatiushaus stattfand.

Am Abend zuvor hatten im Rahmen einer engagierten Podiumsdiskussion, die von Kai Witzel, Chefarzt der Helios Klinik Hünfeld moderiert wurde, bereits Christa Meves, der Berliner Landesschulrat Hans Jürgen Pokall, die hessische Landtagsabgeordnete Margarethe Ziegler-Raschdorf und der Betriebswirt und Ethiker Michael Kornau aus Münster die Frage diskutiert, ob der Staat mit der Neuregelung des § 218 die Grundlage für die Kinder- und damit Familienfeindlichkeit unserer Gesellschaft gelegt habe. »Politik betreiben, heißt Kompromisse

der stellenbezogenen Subventionierung auf eine kindbezogene Subventionierung umgestellt und den Eltern gleichzeitig ein Recht auf Einsicht in die Kostenstruktur der Träger zugestanden.

Zuspruch für ihre Arbeit erhielt die ALfA vom Präsidenten des Malteser Hilfs-

wieder zu einem gesellschaftlichen Thema gemacht. Finanzielle Unterstützung allein reiche allerdings nicht immer aus, um Eltern eine Perspektive für das Leben mit einem ungewollten Kind zu bieten, sagte Brand. Hier sei ein Wandel der Mentalität der Menschen erforderlich,

um die vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebene Schutzwürdigkeit ungeborenen menschlichen Lebens auch wieder im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Tief beeindruckt zeigte sich Brand von der Arbeit der Hebamme Maria Grundberger, die oft ganze Tage vor Abtreibungskliniken verbringt, um dort das Gespräch mit schwangeren Frauen zu suchen, wel-

che eine Abtreibung vornehmen lassen wollen. Oft handelt es sich um Studentinnen, deren BAföG für sie selbst und ihr Kind nicht ausreicht, und die sich exmatrikulieren müssten, um Sozialhilfe empfangen zu können. Stets freundlich begegnet Maria Grundberger den nicht selten aggressiv auftretenden Frauen und ihren Begleitern und schafft es vor allem mit Hilfe der schnellen und unkomplizierten Geldzusagen der ALfA, werdende Mütter zur Austragung ihres Kindes zu überreden. Auf diese Weise konnten in diesem Jahr bereits 85 Kinder gerettet werden.

Im Deutschen Bundestag setzt sich Michael Brand insbesondere für eine Änderung der bestehenden Rechtslage bei Spätabtreibungen ein: »Durch Spätabtreibungen werden gezielt behinderte Menschen selektiert. Aber der Versuch, auf diese Weise eine leidfreie Welt zu schaffen, muss scheitern«, zeigte sich der Abgeordnete überzeugt.



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Brand.

dienstes, Constantin von Brandenstein-Zeppelin, der am Nachmittag zum Thema »Motivation und Ehrenamt« sprach. »Reden reicht nicht, man muss etwas tun!« forderte von Brandenstein-Zeppelin, und bedankte sich bei der ALfA für ihren Einsatz: »Sie helfen Frauen, die aus Not abtreiben wollen, und sie helfen denen, die in Not sind, weil sie abgetrieben haben. Dieser Einsatz ist in unserer Gesellschaft unverzichtbar!« Der Malteser Hilfsdienst selbst engagiert sich in der Migrantenmedizin – der kostenlosen medizinischen Versorgung von Menschen,

## »Der Versuch, eine leidfreie Welt zu schaffen, muss scheitern.«

die nicht krankenversichert sind – und in der Hospizarbeit, die von Brandenstein-Zeppelin als Gegenmodell zur Euthanasie betrachtet. Durch den Zerfall althergebrachter Familienstrukturen werde die Bedeutung der Hospizarbeit künftig weiter wachsen, prognostizierte der Präsident des Malteser Hilfsdienstes. Auch der Fuldaer Bundestagsabgeordnete Michael Brand (CDU), der am Sonntag zu den Gästen und Delegierten der Aktion Lebensrecht für Alle sprach, betonte die Notwendigkeit einer intensiven Familienförderung und begrüßte in dieser Hinsicht die Initiativen von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). Frau von der Leyen habe Familien damit

## KURZ & BÜNDIG

### SPD wollte bei Spätabtreibung handeln

Die mangelnde Bereitschaft der SPD-Bundestagsfraktion, gegen Spätabtreibungen vorzugehen, hat die hessische Landtagsabgeordnete Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU) kritisiert. Bei einem Vorstoß der Union innerhalb der Großen Koalition hätten die Sozialdemokraten einen »Handel« versucht: Der Unionsfraktion komme man in Sachen Spätabtreibung nur dann entgegen, wenn die Union im Gegenzug einen grundgesetzlichen Schutz für eingetragene Lebenspartnerschaften unterstütze. Daraufhin habe Fraktionschef Volker Kauder (CDU) die Verhandlungen abgebrochen, sagte Frau Ziegler-Raschdorf beim 2. Fuldaer Lebensrechtskongress der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA). Ein besserer Lebensschutz sei unter den derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnissen nicht zu erreichen, bedauerte die Abgeordnete, die auch dem Rechtsausschuss des Hessischen Landtags vorsitzt. Die Politikerin warb dafür, Mütter nicht zu stigmatisieren, die ihr Kind nach der Geburt zur Adoption freigeben. Dies könne eine Alternative zur Abtreibung sein. Der gesellschaftliche Trend gehe dahin, dass immer mehr adoptionswilligen Paaren immer weniger zur Adoption freigegebene Kinder gegenüber stünden. *idea*

### ALfA: SPD muss Blockade beenden

Die Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA) hat die SPD-Fraktion aufgefordert, den »Tag des Lebens« (1. Juni) zum Anlass zu nehmen, mögliche Verbesserungen zur Begrenzung von Spätabtreibungen nicht länger zu blockieren. »Es ist unverantwortlich, den Schutz des Lebens ungeborener Kinder als Faustpfand einzusetzen, um etwa einen grundgesetzlichen Schutz von homosexuellen Lebensgemeinschaften durchzusetzen. Auch wenn der politische Kuhhandel zum Alltag gehören mag, so gibt es doch Themen, die für politische Tauschgeschäfte ungeeignet sind«, erklärte die ALfA-Bundesvorsitzende Claudia Kaminski. »Wer Spätabtreibungen wirksam begrenzen will, muss zunächst die medizinisch-soziale Indikation auf eine enge medizinische Indikation zurückführen. Erforderlich ist weiter eine Begrenzung der Diagnostik. Wer zulässt, dass ohne Einschränkung auch nach Beeinträchtigungen gefahndet wird, für die es überhaupt keine Therapien gibt, darf sich nicht wundern, dass Gynäkologen und Hebammen seit Jahren die selektiven Folgen beklagen, zu denen der schrankenlose Gebrauch der pränatalen Diagnostik geführt hat. Schließlich müssen gesetzliche Klarstellungen dafür sorgen, dass der so genannten Kind-als-Schaden-Rechtsprechung der Boden entzogen wird. Nur wenn sich die Politik bereit findet, diese Felder anzugehen, kann von einem ernsthaften Bemühen um die Begrenzung von Spätabtreibungen gesprochen werden«, so Kaminski weiter. *reh*

## IM PORTRAIT

### Cornelia Kaminski

ist Mitglied im Bundesvorstand der Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA) und hat gemeinsam mit anderen den 1. Lebensrechtskongress der ALfA in Fulda organisiert.

Die Studienrätin ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern.

